



Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 73569
Fax: (030) 227 – 76885
Email:
wolfgang.strengmann-kuhn@bundestag.de

Wahlkreis

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Oppenheimer Straße 17
60594 Frankfurt/Main
Tel: (069) 9637687-14
Fax: (069) 9637687-40
wolfgang.strengmann-kuhn@wk2.bundestag.de

Frankfurt a.M., 21.01.2009

Pressemitteilung von Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

— **Jahreswirtschaftsbericht:
Hessen und Deutschland vor tiefer Rezession**

Anlässlich der Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts erklärt Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Frankfurter Bundestagsabgeordneter und außenwirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen:

— Im Jahreswirtschaftsbericht geht das Bundeswirtschaftsministerium von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent aus. Das wäre der stärkste wirtschaftliche Absturz seit Kriegsende. Dieser wird maßgeblich durch den Rückgang der Exporte verursacht, die 2009 voraussichtlich um 8,9 Prozent zurückgehen.

Für **Hessen** bedeutet dies eine deutliche Abschwächung der Wirtschaftsleistung und steigende Arbeitslosenzahlen. Die Wachstumsprognose des Statistischen Landesamts Hessen von 0,1 Prozent 2009 ist damit nicht mehr haltbar. Die Statistiker waren bei ihrer Prognose von einer Wachstumsrate des Welthandels von 3 Prozent ausgegangen.

Die Bundes- und die hessische Landesregierung müssen den weltwirtschaftlichen Abschwung hinnehmen. Einzige Möglichkeit, eine wirtschaftliche Katastrophe mit hohen Arbeitslosenzahlen abzuwenden, ist die Stärkung der Binnenwirtschaft. Das dafür verwandte Geld muss aber so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Den höchsten Effekt haben öffentliche Investitionen in Bildung, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und die Infrastruktur.

Steuererleichterungen und Abgabensenkungen haben deutlich geringere Wachstums- und Beschäftigungseffekte, da ein Teil des Geldes gespart wird. Je höher das Einkommen, desto höher ist auch die Neigung zu sparen und desto geringer ist die konjunkturelle Effektivität von Steuer- und Abgabensenkungen.